

Vorlage Nr.: 2026/0299

Eingang: 20.04.2026, Anfrage Bündnis 90 / Die Grünen

Glasfaserausbau in Hohenwettersbach sichern – kommunale Verantwortung stärken

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Ortschaftsrat Hohenwettersbach	13.05.2026		Ö	Kenntnisnahme

1. Anfrage

Die Ortsverwaltung möge gemeinsam mit der Stadt Karlsruhe prüfen und berichten,

1. wie der flächendeckende Glasfaserausbau (FTTH) in Hohenwettersbach – trotz des Rückzugs der Deutschen Glasfaser zeitnah sichergestellt werden kann.
2. welche konkreten Schritte die Stadtwerke Karlsruhe unternehmen können und werden, um den Glasfaserausbau in den Bergdörfern federführend voranzutreiben.
3. welche Förderprogramme von Bund und Land aktuell genutzt oder zusätzlich beantragt werden können, um die Wirtschaftlichkeit des Ausbaus in Hohenwettersbach sicherzustellen.
4. bis wann eine verbindliche Perspektive für einen Glasfaseranschluss (FTTH) in Hohenwettersbach dargestellt werden kann (Zielhorizont: 1–3 Jahre).

2. Begründung

Wie inzwischen bekannt ist, zieht sich die Deutsche Glasfaser vollständig aus dem Stadtgebiet zurück. Der Glasfaserausbau in Karlsruhe hat dadurch einen erheblichen Rückschlag erlitten. Betroffen sind unter anderem ausdrücklich die Höhenstadtteile. Für diese sei derzeit kein weiterer Glasfaserausbau geplant.

Als Begründung nennt das Unternehmen unter anderem hohe Bau- und Zinskosten, geringe Anschlussquoten sowie ein als außergewöhnlich komplex beschriebenes Genehmigungsverfahren. Unabhängig von der Bewertung dieser Argumentation bleibt festzuhalten: Der privatwirtschaftlich organisierte Ausbau ist in Teilen der Stadt gescheitert.

Glasfaseranschlüsse (FTTH) sind eine Grundvoraussetzung für moderne Arbeitsformen, digitale Bildung, medizinische Anwendungen, wirtschaftliche Entwicklung und die Standortattraktivität für Familien und Unternehmen.

Damit droht den Bergdörfern eine erhebliche infrastrukturelle Benachteiligung. Der Zugang zu leistungsfähiger digitaler Infrastruktur ist heute keine freiwillige Zusatzleistung mehr, sondern Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Gerade die Bergdörfer dürfen bei dieser Entwicklung nicht abgehängt werden. Ein weiterer Aufschub würde den infrastrukturellen Rückstand verfestigen. Zudem wird der Ausbau im Landkreis gefördert, was die Karlsruher Höhenstadtteile sowohl gegenüber innerstädtischen Gebieten, wo der Ausbau aktuell erfolgt, als auch dem Landkreis benachteiligt.

Die Erfahrung zeigt zudem, dass rein marktwirtschaftlich organisierte Ausbauprojekte anfällig für wirtschaftliche Schwankungen sind. Unternehmen verfolgen legitime betriebswirtschaftliche Interessen. Wenn sich Rahmenbedingungen ändern, werden Projekte gestoppt – selbst wenn sie für die betroffenen Stadtteile von elementarer Bedeutung sind.

Daher ist der Glasfaserausbau als strategische Infrastrukturaufgabe von Stadt, Land und Bund zu begreifen. Eine stärkere Rolle der kommunalen Daseinsvorsorge – insbesondere durch die Stadtwerke Karlsruhe – erscheint geboten, um Planungssicherheit und Verlässlichkeit zu gewährleisten.

3. Zielrichtung der Anfrage

Ziel der Anfrage ist es, eine klare Perspektive für die Zukunft Hohenwettersbachs (und der anderen Bergdörfer) zu schaffen. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten Transparenz über den aktuellen Stand, eine realistische Ausbauperspektive, einen verbindlichen Zeitrahmen sowie eine klare Zuständigkeit.

Digitale Infrastruktur ist heute ebenso zentral wie Straßen, Wasser- oder Energieversorgung. Die Bergdörfer dürfen hier nicht dauerhaft in eine Warteschleife geraten.

20.04.2026

Ursula Mayr und Detlef Kamlah

Bündnis 90 / Die Grünen